

Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig
Präsidium des Studierendenparlamentes

Katharinenstraße 1, D-38106 Braunschweig, E-Mail: stupa@tu-bs.de, WWW: <http://www.tu-bs.de/asta/stupa>

Protokoll

**der dritten ordentlichen Sitzung des Studierendenparlamentes des Sommersemester 2006
am Montag, den 19. Juni 2006**

in der Mensa 1 TU, Katharinenstraße 1, Essensausgabe W

Beschlussfähigkeit:

Das SP mit der Anwesenheit von 18 von 34 Abgeordneten beschlussfähig.

[20:18] Beginn der Sitzung

Die Verhandlungsleitung eröffnet die Sitzung mit einer Begrüßung durch das Präsidium und der Feststellung der Beschlussfähigkeit nach einiger Verzögerung.

[20:18] TOP 0: Ständiges

a) Anfragen an das Parlamentspräsidium und Mitteilungen des Parlamentspräsidiums

Das Präsidium gibt den Rücktritt eines Abgeordneten bekannt. Da der einzige Nachrücker den Studiengang gewechselt hat, rückt niemand nach. Somit hat das StuPa für den Rest der Amtszeit nur noch 34 Abgeordnete.

b) Genemigung des Protokolls der zweiten ordentlichen Sitzung vom 15. Mai 2006

Die Verabschiedung des Protokolls wird auf die nächste Sitzung verschoben.

c) Mitteilungen des AStA's

Es wurde ein AStA-Info herausgegeben.

Ein Mitglied des AStA sitzt in der AG, die sich um die Verteilung der Studiengebühren an der TU beschäftigt. Die Arbeit der AG ist erstaunlich effektiv und unerwartet harmonisch.

Letzte Woche gab es ein FS-Plenum gegeben. Zentrales Thema waren Studiengebühren und deren Verteilung. Zu diesem Thema wird es nächstes Wochenende einen Workshop der Fachschaften geben.

Chaos bei Langzeitgebühren. Viele Studierende bekommen Bescheide, obwohl sie befreit sind, die neuen Regelungen werden vom I-Amt sehr streng und komisch ausgelegt.

Der Vertrag über die Druckmaschine läuft demnächst ab, als neue soll eine 2-Farb-Druckmaschine angeschafft werden. Diese wird evtl. etwas teurer werden als die alte.

Am 28.6. gibt es einen bundesweiten Aktionstag gegen Studiengebühren. Der HoPo-Referent ruft zur Teilnahme an der Norddemo in Hamburg auf. Er ruft die Mitglieder des StuPa auf, sich auch weiterhin gegen Studiengebühren einzusetzen. Es ist weiterhin eine Frage, wieviel der 500€ pro Studierendem an der Uni ankommt. Momentan rechnet die TUBS mit ca. 300€, der Rest wird in Verwaltung und Bank hängen bleiben. Das I-Amt hat 1,5 weitere Stellen für die Verwaltung von Studiengebühren eingerichtet.

d) Anfragen an den AStA

keine

e) Berichte aus den Fachschaften, Fachgruppen und anderen Organen sowie AG's der Studierendenschaft

Die Fachschaften der ehemaligen Fakultäten 9 und 10 veranstalten eine Party am 6.7., es wird gegrillt. Wo ist noch nicht genau bekannt, wegen einer Baustelle am Campus Nord wahrscheinlich im Park.

Letzten Mittwoch war eine VV der FS der ehemaligen Fak 9, um die Studierenden über die Form der Master-Studiengängen aufzuklären. Hierzu wurden 3 Referenten geladen. Es gibt einige ganz interessante Masterstudiengänge.

Fachschaft Maschinenbau: Es wird eine Party am Campus Nord gemeinsam mit den Fachschaften der Fakultäten 6 und 8 geplant. Am 13.7., dem Tag, an dem die Party sein sollte gibt es eine Party der FG Biotechnologie. Die Organisatoren beider Partys stehen im Kontakt, damit sich die Fachschaften nicht untereinander Konkurrenz machen.

Die FSMB möchte zusammen mit einem Institut ein Projekt durchführen. Von Seiten des Instituts wurde auch das Einbeziehen der HBK gewünscht, da das Verhältnis zwischen TU und HBK verbesserungswürdig sei. Leider sind keine Studierende der Medienwissenschaften anwesend, die evtl. zu diesem Punkt mehr sagen könnten.

f) Behandlung von Anträgen, die den Aktivitätenfond betreffen

Eingegangene Anträge:

a) Fachschaft Bau	Fahrtkosten BuFaTa	--	133,79€
b) FG Pharmazie	Fahrtkosten BuFaTa	--	229,76€
c) FG Pharmazie	Kopierkosten	Rg. Nr. 00604 und 02105	45,37€
d) FG Pharmazie	Telefonkosten	Rg. Nr. 05805	11,33€
e) FG Pharmazie	Telefonkosten	Rg. Nr. 04006	12,07€
f) FG Geoökologie	Druckkosten	Rg. Nr. 07504 und 05705	143€ und 84,50€

a) Da der Antragsteller ein Pflichtpraktikum außerhalb Braunschweig macht, sind die Fahrtkosten höher, als wenn er ab Braunschweig gefahren wäre. Die Abgeordnete der FS Bau weiß nichts über das Thema, der Antrag wird p.a. auf die nächste Sitzung verschoben.

b) Ursprünglich sollten 3 Personen fahren, eine war verhindert. Die Bahn hat das dritte Ticket zwar erstattet, jedoch wurde das Ticket eingezogen und keine Quittung herausgegeben. Es liegt jedoch eine von Martina Krösche beglaubigte Kopie des Tickets vor.

Der Antrag wird p.a. ohne Enthaltungen angenommen.

c) Im Antragstext wurde „FS Pharmazie“ in „FG Pharmazie“ geändert.

Der Antrag wird p.a. mit einer Enthaltung angenommen.

d) Im Antragstext wurde „FS Pharmazie“ in „FG Pharmazie“ geändert.

Der Antrag wird p.a. ohne Enthaltung angenommen.

e) Der Antrag wird p.a. ohne Enthaltung angenommen.

f) Es wird angefragt, ob die Erstinfos nicht von der Fakultät bezahlt werden. Der FB hat angeblich keine Mittel, der Antrag ging bis zum Dekan, die FG hat alles versucht, um Geld zu bekommen. Die FG Physik, die bis vor kurzem in derselben Fakultät war, kennt das Problem auch. In Zukunft sollen entsprechende Kosten über die Studiengebühren getragen werden.

Der Antrag wird p.a. ohne Enthaltung angenommen.

[20:48] TO: Beschluss der Tagesordnung

TOP2 entfällt, der alte TOP6 wird zu TOP2, TOP4 wird in „Benennung von Referenten und Referentinnen“ umbenannt. TOP7 wird zu TOP6, es wird ein neuer TOP7 „Änderung der Wahlordnung“ eingeführt.

Damit sieht die neue TO so aus:

- TOP 1: Haushaltsabschluss WiSe 2005/2006 und Haushaltsjahr 2005 (Entlastung des Referenten und des AStA-Vorstandes)
- TOP 2: Änderung der Hilfsfond-Ordnung (s. Anlage)
- TOP 3: Bufoata und Projektbereiche. Es liegt ein Antrag HUBS vor.
- TOP 4: Benennung von Referenten und Referentinnen
- TOP 5: Änderung der Beitragsordnung (wegen Niedersachsenticket)
- TOP 6: Ausnahmegenehmigung für Mitglieder von Wahlausschüssen bei gleichzeitiger Kandidatur
- TOP 7: Änderung der Wahlordnung
- TOP 8: Verschiedenes

Mit diesen Änderungen wird die TO p.a. angenommen.

[20:52] TOP 1: Haushaltsabschluss WiSe 2005/06 und Haushaltsjahr 2005 (Entlastung des Referenten und des AStA-Vorstandes)

Der Haushalt wurde in der letzten Sitzung vorbehaltlich einer nachträglichen Kassenprüfung verabschiedet. Diese ist erfolgt. Die VL liest den Bericht (Anlage A) vor.

Der Haushalt wird p.a. ohne Enthaltung angenommen.

Der AStA-Finanzreferent des WiSe 2005/06 wird p.a. ohne Enthaltung entlastet.

Der AStA-Vorstand des WiSe 2005/06 wird p.a. mit einer Enthaltung entlastet.

[20:55] TOP 2: Änderung der Hilfsfondordnung

Die Sozialreferentinnen stellen die Änderungen der Ordnung vor. Die bestehenden Langzeitdarlehen sollen in Stipendien umgewandelt werden. Die Rechtsabteilung der Universität hat einige Änderungen vorgeschlagen, die eingearbeitet sind.

Ein Mitglied des StuPa stellt dar, warum die Änderung notwendig war. Der AStA des SoSe 2003 („NewAStA“) hat aufgrund der nicht zurückgezahlten Darlehen Klage gegen ehemalige AStA-Vorstände eingereicht. Daraufhin wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, der die Ursachen der fehlenden Rückzahlung aufklären sollte. Es wurde festgestellt, dass diese nicht auf persönliches Fehlverhalten, sondern auf prinzipielle Probleme bei der praktischen Umsetzung der bestehenden HiFo-Ordnung zurückzuführen sind.

Die Rückzahlung von Langzeitdarlehen läuft schleppend, v.a. die Rückzahlung von ausländischen Studierenden, welche die Mehrheit der AntragstellerInnen ausmachen, macht Probleme, für viele ist es schwierig zurückzuzahlen. Bisherige Versuche, DarlehensnehmerInnen zu erreichen, sind weitestgehend gescheitert da diese größtenteils in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Die Botschaften einiger Länder, aus denen die DarlehensnehmerInnen stammen, helfen bei der Suche nach ihren Bürgern nicht mit. Momentan zahlen nur 3 Leute ihre Langzeit-Darlehen zurück. Bei einer so geringen Quote lohnt sich der Aufwand für die Rückforderung nicht.

Aufgrund dieser Probleme sollen zukünftig anstelle von Langfristigen Darlehen Beihilfen vergeben werden. Vor 20 Jahren waren diese Zahlungen schon einmal Beihilfen, diese wurden später in Darlehen umgeformt, was sich jedoch als nicht praktikabel erwiesen hat. Der HiFo-Ausschuß hat sich positiv geäußert.

Es wird angefragt, in welcher Höhe die Beihilfen jedes Jahr sind.

In den letzten Semestern wurde je Semester ca. 25.000€ in kurz- und langfristigen Darlehen vergeben.

Die Problematik der hilfsbedürftigen Studierenden steigt, es werden jetzt 20 Anträge gestellt und nicht mehr wie vor einigen Jahren 10 pro Semester. Durch Studiengebühren erwarten die Referentinnen eine noch höhere Zahl Hilfsbedürftiger.

Es gibt eine Anfrage über das Wort Beitreibung (§21 (3)). Dieses Wort entspricht von der Bedeutung Eintreibung, es scheint eine juristisch übliche Formulierung zu sein.

Auf die Frage, ob DarlehensnehmerInnen die Beihilfe nur einmalig oder dauerhaft beziehen, erklärt die Sozialreferentin, dass man maximal 3x Beihilfe für je ein Semester beantragen kann, was ein Teil der AntragstellerInnen ausnutzen muss, einige auch nur einmalig Beihilfe brauchen. Es wurden auch schon Anträge abgelehnt, bei denen abzusehen war, dass die Beihilfen für ein erfolgreiches Studium nicht ausreichen.

Die neue Ordnung wird nochmals besprochen, die Änderungen werden erklärt. Die Vergabekriterien für kurz- und langfristige Darlehen werden geklärt. Es besteht keine Gefahr, dass jemand, der jetzt ein kurzfristiges Darlehen erhält, in Zukunft eine Beihilfe beantragt, um sich die Rückzahlung zu sparen.

Es wird angefragt, warum in §6 „Verteilung“ in „Aufteilung“ geändert wurde. Hiermit würde der Hilfsfondausschuß nicht mehr über die

Vergabe der Gelder entscheiden, sondern nur darüber, wie viel Geld jeweils für Darlehen und Beihilfen zur Verfügung steht. Die Formulierung von §6 wird entsprechend eines Änderungsantrages (Anlage B) vorbehaltlich der Zustimmung von Frau Eimbeck geändert.

Einige formale Dinge wurden geklärt. Es besteht Verwirrung, ob 2004 eine Neufassung oder eine Änderung verabschiedet wird. Auch gibt es Diskussion darum, ob man aktuell eine Neufassung oder Änderung beschliessen sollte.

2004 wurde eine neue Ordnung beschlossen, aktuell handelt es sich um eine Änderung.

In §23 wird „in der Fassung“ gestrichen. Auch diese Änderung wird von den Antragsstellerinnen übernommen.

Die geänderte Satzung soll erst zu Beginn des nächsten Semesters in Kraft treten.

Der AStA betont noch einmal und möchte dokumentiert wissen, warum die Darlehen jetzt in Beihilfen umgeändert werden. Der Antrag ist notwendig, weil ein Mitglied des NewAStA, eine entsprechende Klage eingereicht hat. So besteht jetzt nicht mehr die Möglichkeit, Gelder zurückzufordern, die sonst zurückfließen würden.

Die Änderung wird notwendig, um AStA und SozialreferentInnen vor persönlicher Klage zu schützen.

Ein Mitglied des AStA fordert, den RCDS als stud. Vereinigung nicht mehr zu akzeptieren, weil ein Mitglied des RCDS der Uni Schaden zugeführt hat. Ein Abgeordneter vom RCDS stellt fest, dass besagte Person diese Anzeige als Privatperson und nicht als Mitglied des RCDS gestellt hat.

Der Antrag wird nach aller Änderungen p.a. ohne Enthaltungen angenommen.

[21:4

[21:48] TOP 3: Bufata und Projektbereiche

Der Antrag wird verlesen (Anlage C). Der Schwulenreferent als Antragsteller begründet den Antrag kurz.

Der Antrag wird p.a. mit 3 Enthaltungen angenommen.

[21:51] TOP 4: Benennung von ReferentInnen

Der AStA benennt für das Antifa-Referat zwei Kandidatinnen (jeweils ½ Stelle). Beide Kandidatinnen sind nicht anwesend. Der AStA stellt sie vor. Die Kandidatinnen möchten sich im Gegensatz zum AntiRa-Referat mit dem gewalttätigen Rassismus beschäftigen. Sie möchten etwas gegen die Strukturen und Gruppen setzen, die rassistische Tendenzen fördern. Hierbei werden u.a. Burschenschaften, Parteien und Kammeradschaften genannt. Die beiden Kandidatinnen würden sich eine Stelle teilen.

Es wird über die bisherigen Aktivitäten der beiden v.a. dieses Semester gefragt.

Sie engagieren sich im Bündnis gegen Rechts, im Antifasch. Jugendbündnis und wollen inhaltlich zu entsprechenden Strukturen arbeiten.

[21:56]Es wird ein Antrag auf gemeinsame Wahl gestellt und p.a. mit einer Enthaltung angenommen

[21:56]Beide werden mit (11J, 0N, 3E) als Antifa-Referentinnen bestätigt.

Der AStA schlägt eine Kandidatin für das Anti-Atom-Referat vor.

Der Anti-Atom-Referent des letzten Semesters stellt das Amt vor. Er entschuldigt die Kandidatin, die verhindert ist. Sie wird sich weiter um die Felder kümmern, die er bearbeitet hat. Inhaltlich steht das Referat für den Ausstieg aus jeglicher Atomindustrie. Momentan konzentriert das Referat sich mit der Endlagerung von Atommüll, weil 3 Lager in der Nähe von Braunschweig liegen. Es wurde bis jetzt zum Thema „20 Jahre Tschernobyl“ gearbeitet, eine Veranstaltung musste abgesagt werden, weil einer von zwei Referent abgesagt hat. Im September wird es eine weitere Veranstaltung geben. Es soll versucht werden, eine 2-Positionen-Diskussion auf die Beine zu stellen, wobei es schwierig ist, einen Referenten hierfür zu finden, der sich positiv zu Atomkraft und Endlagerung äußert. In dieser Diskussion soll v.a. das Thema Endlager Asse besprochen werden.

Das Referat will sich auch um Castor-Transporte, Informationen zu ihnen und ihre Verhinderung kümmern. Es soll sich auch mit der politischen Entwicklung beschäftigen werden.

Der alte Referent wird gefragt, ob Atomkraft kritisch betrachtet wird oder ob man dagegen ist.

Er „betrachtet Atomkraft kritisch und ist deswegen dagegen“. Aufgrund seiner Betrachtung hat er sehr viele Gründe gefunden, warum man grundsätzlich gegen Atomkraft sein sollte.

Er wird gefragt, welche Möglichkeiten es gibt, Atomkraft zu ersetzen. Alternativen zur Atomenergie.

Die Erforschung von Alternativen findet viel zu wenig statt, es muss laut Referent ein Gegengewicht gegen die Atomlobby gestellt werden, um das Bild der sauberen Atomenergie zu zerstören. Danach können auch Alternativen beraten werden.

Nachdem auch alle Raucher wieder da sind, wird abgestimmt.

Die Kandidatin wird p.a. mit 3 Enthaltungen als Referentin bestätigt.

[22:08] TOP 5: Änderung der Beitragsordnung

Der Antrag (Anlage D) wird verteilt. Es gibt aufgrund der 6 Seiten eine 10minütige Lesepause.

[22:17] Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Der Antrag wird sprachlich an 2 Stellen korrigiert. Weitere Fehler fallen unter redaktionelle Änderungen, sie dürfen auch nach Abstimmung geändert werden. Einige formale Details werden geklärt. Die Änderung ist aufgrund des neuen Semestertickets notwendig.

[22:23] Der Antrag wird p.a. mit einer Enthaltung angenommen.

[22:24] TOP6: Ausnahmegenehmigung für Mitglieder von Wahlausschüssen bei gleichzeitiger Kandidatur

Der Antrag (Anlage E) wird verlesen. Der ÜgWA begründet den Antrag. Mitglieder von Wahlausschüssen dürfen eigentlich nicht kandidieren im entsprechenden Wahlkreis kandidieren, um sicherzustellen, dass die Wahl nicht manipuliert wird. Da für den ÜgWA alle Studentischen Gremien als Wahlkreis zählen, die Mitglieder jedoch nur für einzelne, verschiedene Gremien kandidieren wollen, wird hierfür regelmäßig eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Es wird betont, dass 2 Mitglieder des ÜgWa für kein Amt kandidieren.

Der Antrag wird p.a. mit einer Enthaltung angenommen.

[22:27] TOP 7: Änderung der Wahlordnung

Der Antrag (Anlage F) wird verlesen. Der Präsident versucht es zumindest. Der Antragsteller hilft ihm, weil man seine Sauklaue einfach nicht lesen kann. Ein entsprechender Antrag wurde letztes Semester für nur ein Semester angenommen, muss also erneuert werden. Dieser Antrag würde auch nur für ein Semester gelten. Um ein absolutes Chaos zu vermeiden, sollen in Zukunft auf den Ausweisen richtige Nummern stehen.

Der Antrag wird p.a. ohne Enthaltungen angenommen.

[22:28] TOP 8: Verschiedenes

Es gab keine weiteren Beiträge.

[22:29] Ende der Sitzung.